

Verlagspreis:
Wochenschrift, 30. - 32. monatlich 10. - 12.
für ein Haus, vorwärts zahlbar.
Postzeitung: monatlich 10. - 12. einjährig 100. - 120.
Einzelhefte: 20. - 25. Pfennig.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Freitag, den 2. September 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Bayern pfeift auf das Reich!

München, 2. September. (Eigener Drahtbericht des
„Vorwärts“.) Die Erklärung der bayerischen Koalitionsparteien
(die wir im Morgenblatt wiedergeben. Red.), läßt darauf
schließen, daß man in Bayern den Widerstand gegen das Reich
besonders stark fühlt, die Unsicherheit der Regierung und ihrer
Koalition ist aber noch größer als es äußerlich scheint, zumal
bei den Demokraten wegen der Unterzeichnung durch ihre
Fraktion starke Verstimmung herrscht.

Das Verbot des „Miesbacher Anzeigers“ und des
„Deutschnationalen Beobachters“ ist bisher durch die Staats-
behörden nicht zur Ausführung gebracht worden. Die
Reichsbehörden, Eisenbahn und Post, haben jedoch die
verbotenen Blätter auch innerhalb Bayerns von der Beförderung
ausgeschlossen, nachdem die Beamten erklärt hatten,
daß sie sich weigern, die Beförderung zu übernehmen. Der
„Miesbacher Anzeiger“ fährt fort, die
Reichsregierung zu verhöhnen. Er wurde per
Auto nach München gebracht, wo er auf den Straßen massenhaft
verkauft wird. Die Parteigenossen sind daran,
eine Organisation zu schaffen, die den Verkauf der
verbotenen Blätter verhindert. Man ist gespannt,
ob der Polizeipräsident Pöchner sodann seine Schutzmannschaft
für die Verbreitung der verbotenen
Blätter einsetzen wird. Der Buchdruckerverband hat an
Pöchner die Anfrage gerichtet, ob sich die Buchdrucker durch
die Herstellung der verbotenen Blätter nicht etwa strafbar
machen. Der Polizeipräsident erklärte, zur Beantwortung
nicht zuständig zu sein, dies sei der Staatssekretär. Der
Staatssekretär erklärte aber, nicht er sei dazu zuständig, sondern
der Polizeipräsident.

Bayern vor dem Reichstag.

Der nach der Verfassung zur Ueberwachung der Regierungs-
maßnahmen berufene 3. Ausschuss des Reichstages trat heute zu
einer Sitzung zusammen. Der Abg. Genosse Dr. Meerkfeld teilte
mit, daß die Sitzung auf Antrag der U.S.P. einberufen
worden ist.

Dittmann (U.S.P.) begründet den Antrag. Der Antrag sei am
21. August, zwei Tage vor der Ermordung Erzbergers gestellt
worden. Die unmittelbare Ursache ist der noch immer bestehende
Ausnahmestand in Bayern. München ist die Zentrale
der monarchistischen Verschwörung, alle Elemente, die diesen
Bestrebungen huldigen, haben sich dort zusammengefunden und
versuchen von dort aus ihre Absichten in die Tat umzusetzen. Nach
näherer Besprechung der Verhältnisse in Bayern geht Dittmann auf
die Presseverhote ein und zitiert dann eine ganze Anzahl Notizen
und Artikel des „Miesbacher Anzeigers“, die ungeheuerliche
Beschimpfungen der Reichsregierung und der Republik enthalten.
Besonders hebt er einen Artikel hervor, der neun Tage vor dem Tode
an Erzberger erschienen ist, und der dann offenbar unter der
Ueberschrift „Dr. Wirth und Lump“ zu der Beseitigung Erzbergers
auffordert. Er weist schlagend nach, daß zwischen der Zeitung in
München und dem Nord in Griesbach eine ganz gerade Linie herläuft
und daß der „Miesbacher Anzeiger“ mit in erster Linie die mora-
lische Verantwortung für die Ermordung Erzbergers trägt. In
weiterem verlangt Dittmann Abstellung dieser Zustände und Durch-
führung der beim Kapp-Putsch abgegebenen Versprechen. Hierzu
gehört in erster Linie

Säuberung der Verwaltung von reaktionären Elementen
und Befehung der Führerstellen in der Reichswehr durch zuver-
lässige Republikaner. Auch müsse eine gesetzliche Handhabe geschaffen
werden, um Beamten und Richter, welche die Politik der Reichs-
regierung sabotieren und die Republik und ihre Einrichtungen be-
schimpfen, zu bestrafen. Schließlich wendet sich Dittmann der Frage
der Aufhebung des Befehlsgesetzes zu und verlangt seine
sofortige Beseitigung. Er ist der Meinung, daß eine
Reichsregierung eingeleitet

werden müsse, wenn die bayerische Regierung im Wege der Ver-
handlung nicht dazu zu bringen ist, den Ausnahmestand aufzuheben.

Der bayerische Gesandte von Preger äußert sich dahin, daß es
wohl niemand im Saale geben werde, der mit der Schreibweise des
„Miesbacher Anzeigers“ einverstanden sei. Es ist aber eine andere
Frage, ob auf Grund der Artikel des „Miesbacher Anzeigers“ gegen
ihn eingeschritten werden könne. Er müsse sich scharf dagegen ver-
wahren, daß der „Miesbacher Anzeiger“ als

das Blatt der Kapp-Regierung
bezeichnet werde. Ueber die Aufhebung des Ausnahmestandes be-
sprechen viel gesprochen worden. Die Aufhebung des Ausnahme-
zustandes könne jetzt nicht gerechtfertigt werden, weil die ständig
zunehmende Forderung eine dauernd wachsende Erregung unter der
Bevölkerung hervorruft. Die Regierung habe beobachtet diese Entwid-
lung mit Aufmerksamkeit und bietet alles auf, Explosionen zu ver-
hindern.

Er müsse auch sagen, daß sich das Reichskabinett scheinbar
nicht nur von sachlichen, sondern von politischen
Gründen leiten lasse. Das Reichskabinett soll gegen die Regierung
Kapp als annehmlicher Hort der Reaktion scharf gemacht werden. Er
hoffe, daß die Reichsregierung und die bürgerlichen Parteien des
Reichstages sich den von Dittmann aufgestellten Forderungen nicht
widern werden. Eine etwaige Exekution gegen Bayern würde einen

Verfassungskonflikt von unabsehbaren Konsequenzen
heraufbeschwören. Das junge deutsche republikanische

Verträge eine derartige Belastungsprobe nicht. Bei dem Erlaß der
bekanntesten Verordnungen der Reichsregierung hätte die Reichs-
regierung nicht ohne Vorwissen der Länderregierungen vorgehen
sollen. Wenn es nicht anders zu machen wäre, hätte man
Bayern ausnehmen müssen,

da dort ja der Ausnahmestand schon bestünde, oder aber der Aus-
nahmestand in Bayern hätte auf das ganze Reich übertragen
werden müssen. Ein Eingriff in die Polizeiherrschaft, wie er durch das
Verbot von bayerischen Zeitungen geschehen ist, stellt für das selbst-
bewußte bayerische Volk eine schwere Belastung dar. Diese sei um
so schwerer, als die Verbote von einer ausgesprochenen Links-
regierung ausgingen, während die bayerische Regierung eine
Rechtsregierung sei. Die Bayern seien gewohnt, von Mün-
chen aus und nicht von Berlin aus regiert zu werden. Er warne
davor, den Bogen zu überspannen. Es wäre der Gipfelpunkt der
Torheit, den Versuch zu machen, den Ausnahmestand in Bayern
gegen den Willen der bayerischen Regierung aufzuheben.

Reichskanzler Dr. Wirth

fragt den bayerischen Gesandten, was er damit sagen will,
wenn er meint, die Reichsregierung habe sich immer mehr links
entwickelt. Wenn der Gesandte damit sagen will, daß die Regie-
rung damit die Verfassung schütze, so stimmt das. Will er aber sagen,
daß sich die Reichsregierung nicht von sachlichen Gründen leiten lasse,
so irrt er. Vor allem leiten die Handlungen der Reichsregierung seit
Monaten

außenpolitische Gesichtspunkte.

Das seien sachliche Gründe und unter diesen ständen Ober-
schlesien und die Aufhebung der Sanktionen in erster
Linie. Er bedauere, daß sich die deutsche Presse nicht so einstellen
könne, wie die Presse in England. In England ist es möglich zu
machen, die ganze englische Presse hat Lord George bei seinen letzten
Aktionen gedeckt. Noch vor acht Wochen hätte man die Stellung-
nahme Englands in Paris nicht für möglich gehalten. Aber wie ist
es in Deutschland? Je aussichtsreicher die Lage in Oberschlesien
werde, um so

feindlicher, niederrückiger und gemelner werde der Kampf

von gewissen Seiten geführt. Das Reichskabinett wird in bewußter
Absicht um jeden Kredit und um jeden guten Glauben in der Welt
gebracht. Er verstehe die Pflege der Traditionen in gewissen Kreisen.
Es ist aber ungeheuerlich, in welcher Weise versucht worden ist, alle
möglichen Veranstaltungen zu mißbrauchen, um die

Außenpolitik der Reichsregierung zu sabotieren.

Die Schamröte sei ihm ins Gesicht gestiegen, als er die Schreibweise
verschiedener auch sogenannter vornehmer Organe gesehen habe. Was
z. B. die „Kreuzzeitung“ unter der Ueberschrift „Mit Gott für König
und Vaterland“ leistet, ist geradezu hartsträubend. Es sei kein
Wunder, wenn junge Studenten, durch diese Artikel verhetzt, hin-
gehen, um die Minister über den Haufen zu schmeißen. Wir werden
abrechnen mit jenen Kreisen, die sich das geleistet haben, was in den
letzten Wochen geleistet worden ist. Die Rede des Gesandten
von Preger klang an verschiedenen Stellen drohend und er müsse
darauf hinweisen, daß kein anderes Land eine solche
Sprache führe. Es sei an der Zeit, daß man die Schuld an der
Spannung nicht immer der Reichsregierung zuschiebe, sondern auch
in bayerischen Kreisen Umschau halte, wo denn die Schuld liege. Der
Reichskanzler erklärte weiter, daß er Bayern stets sehr entgegenge-
kommen sei. Trotzdem aber müsse er sagen, daß ihm z. B. für sein
großes Entgegenkommen in Beamtenfragen eine

schwere Verhöhnung von amtlicher Stelle

nicht erspart geblieben sei. Fern liege es ihm, den Weg zu geben,
der zum Konflikt führen muß. Er wolle auf die schweren Verhand-
lungen hin, die z. B. in der Entwaffnungsfrage ohne jeden Mißton
— abgesehen von dem Ungehörigen der Rechtsprelle — geführt worden
seien und auch Erfolg hatten. Der von Preger gewünschte Weg der
Verhandlungen sei ihm durchaus willkommen. Bezüglich der Auf-
hebung des Befehlsgesetzes habe der bayerische Gesandte
darauf hingewiesen, daß die Aufhebung von Berlin aus über den
Kopf der Regierung Kapp hinweg den Konflikt bedeute. Der Abge-
ordnete Dittmann sei derselben Ansicht. Doch sei Dittmann auch zu-
frieden, wenn Verhandlungen das Ziel herbeiführen lassen. Er, der
Reichskanzler, mache seine Stellung davon abhängig, wie die
bayerische Regierung sich zu dem Schritt stellt, den er bei ihr unter-
nommen hat. Die Frage der Exekution mag er gar nicht diskutieren.
Es sei zu prüfen, wie der Konflikt vermieden werden kann, nicht wie
er geführt werden soll. Die ganze Frage wird nicht ohne Benehmen
mit der Regierung Bayerns gelöst werden. Wichtig sei, daß auf
Grund des Artikels 48 ein neuer Ausnahmestand eingeführt worden
sei, für den er die volle Verantwortung trage. Die Gründe dazu sind
ja allgemein bekannt. Die Spannung zwischen dem

gesamten arbeitenden Volk und den Rechtskreisen

ist ungeheuer. Er überlasse es der Versammlung, zu untersuchen,
wo die Schuld an dieser Spannung liege. Offen aussprechen müsse
er es, daß von keiner sozialistischen Gruppe ihm in der Regierung
Schwierigkeiten gemacht worden seien. Im Gegenteil habe stets
äußerste Zurückhaltung herrscht, aber was von Rechts geleistet
worden ist, schreit zum Himmel.
Es gelte die Quellen zu verstopfen, die dauernd zu politischem Mord
führen. Und ist in dieser Hinsicht in Bayern irgend etwas
geschehen? Nichts ist geschehen, was der Reichsregierung hätte
Veranlassung geben können, ihre Empörung zu unterdrücken. Wenn
die Reichsminister nur noch einen Funken Ehre im Leibe haben,
konnten sie sich das nicht länger gefallen lassen. Es muß offen aus-
gesprochen werden, daß

in Bayern mit vielerlei Maß gemessen

wird.

Ausräuchern!

Die Zahl der Fälle, in denen das „Kaiserliche“, „König-
liche“ usw. an Gebäuden republikanischer Behörden, in ihren
Amtsschildern und Siegeln prangt, ist Legion. In unzähligen
Amtsstuben, angefangen von den Ministerien bis herab
zur Lokalinstantz, hängen noch immer die Bilder der Hohen-
zollern und besonders das des letzten Kaisers. Ja, in
manchem Ministerium findet man im Dienstzimmer des
republikanischen Geheimrats oder des republikanischen Obersten
oder Generals dieses Bild mit Laub oder Trauer-
flor umwunden. Daß die Farben Schwarz-Weiß-Rot
allenthalben dabei sind, versteht sich von selbst. Es pfeifen
ja die Spähen von den Dächern, daß, abgesehen von den preußi-
schen Ministerien, „Wilhelm“ ja besonders im Wehr-,
Eisenbahn- und Postministerium Trumpf ist —
nur die Minister wissen es nicht!

Man veranstaltete kürzlich die Verfassungsfeier. Sie
sah in Beisein der republikanischen Minister statt. Doch
auf den Gebäuden der republikanischen Behörden sah man
mit wenigen Ausnahmen keine Flagge. Kein Postamt, keine
Eisenbahnstation trug Flaggenzucht.

In Bayern hat man unter dem ewigen Belagerungs-
zustand Umzüge anlässlich der Verfassungsfeier ver-
boten. Sie darf ja nicht populär werden. Dafür war man
aber sehr damit einverstanden, daß die „Weiber“ unter Teil-
nahme des Ruprecht mit Saus und Braus, großem Pomp
und den üblichen monarchistischen Hejreden ihren Regimenten-
tag abhielten, der wahrscheinlich auch zur „Förderung des
republikanischen Gedankens“ veranstaltet worden ist. Wenn
die Regierung endlich den Mut findet, den Drahtzieher
dieser unausgesehten Provokationen das Handwerk zu legen,
so wird sie die geschlossene Mehrheit des Volkes hinter sich
haben. In Oesterreich hat man z. B. die monarchistischen
Rundgebungen anlässlich des Geburtstages des letzten Habs-
burgers einfach verboten.

Am schlimmsten sieht es aber in der republikanischen
Beamtenchaft und in erster Linie in der sogenannten
höheren „republikanischen“ Beamtenchaft
aus. Die nachsichtige Behandlung, welche man bei und nach
der Revolution diesen Herren hat zuteil werden lassen, rächt
sich bitter. Sie fühlen sich noch immer als Herren der Lage
und geben sich danach. Wenn man heute feststellen könnte,
wieviele dieser Beamten, die doch den Eid auf die republi-
kanische Verfassung geleistet haben, oder ihn geleistet haben
sollen, Republikaner sind — man würde sich schämen, das
Ergebnis zu veröffentlichen, so beschämend wäre es. Es
bedarf keines weiteren Beweises, ja, es ist selbstverständlich,
und jeder im Leben und Treiben einer Behörde stehende
kann es in Duzenden von Fällen beobachten, daß diese
„republikanischen“ Beamten alles was mit der Republik und
besonders mit der Sozialdemokratie zusammenhängt, hassen
und zu verfolgen und drangsalieren suchen. Daß z. B. sozial-
demokratische Beamte, wo und wann es nur geht, bei Beför-
derungen usw. übergangen oder zurückgesetzt, Beamte mit
„staatsertreuender“ Gesinnung aber bevorzugt werden, ist noch
das mindeste und öffentliche Geheimnis. Dafür sorgen schon
die Personalreferenten, unter denen sich auch nicht ein demo-
kratisch denkender Beamter befinden dürfte, und ihre Zu-
träger. Die geheimen Personalakten sind zwar mit der Ver-
fassung aufgehoben, aber wozu gibt es denn „persönliche“,
schriftliche oder mündliche Anfragen bei den Vorgesetzten, auf
die „persönliche“ Berichte ergehen, welche dann entsprechend
verwertet werden und Gott weiß wo bleiben? So will man
die überzeugten Republikaner unter den Beamten „irre“
machen.

Sone Sorte „republikanischer“ höherer Beamten findet
es auch für selbstverständlich, daß sie in und außer dem Dienste
nach Herzenslust auf die Republik, den Reichspräsidenten und
die Reichsminister in der gewöhnlichsten Weise schimpfen
kann. Dies mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung zu
begründen, ist eine grundfalsche Auslegung jener Verfassungs-
bestimmung. Aber vielleicht zählen die Herren dies vermeint-
liche Recht auch zu ihren in der Verfassung gewährtesten
„wohlerworbenen“ Rechten? Oder wie soll man es anders
verstehen, wenn, wie z. B. in einem Fall in Breslau, eine
Beamtin, die ihre Abneigung gegen die Deutschnationalen
offen aussprach, einfach aus dem Reichsdienst entlassen wurde,
während die Behörde die Beschimpfungen der Republik, des
Reichspräsidenten und des Ministers durch deutschnationale
Beamte scheinbar als vollständig in der Ordnung fand? Wenigstens
ist gegen diese Beamten nichts unternommen
worden. Als typisch, aber unerhört muß man die Aeußerung
des Vorgesetzten der entlassenen Beamtin bezeichnen,
der mit den Worten: „Die Herren sind derartige
Angriffe ja gewöhnt“, die Beladigung des Reichs-
präsidenten und des Ministers meinte abtun zu können.

Es ist die allerhöchste Zeit, jenen Beamten, welche sich
nicht ehrlich zur demokratischen Republik bekennen und auch
nicht den Mut aufbringen können, die selbstverständliche
Konsequenz daraus zu ziehen, ganz nachdrücklich klarzumachen,

daß ihr trauriger „Mut“, sich in Beschimpfungen der jetzigen Staatsform und ihrer führenden Männer zu ergehen, schließlich seine Grenzen hat. Unter dem Kaiserreich wurde Beamten, welche diese Grenzen verletzten, mit Hilfe jenes berühmtesten und leider heute noch bestehenden Kautschukparagrafen, der von der Mächtigkeit spricht, welcher sich ein Beamter in und außer dem Dienst würdig zeigen muß, einfach das Genick abgedreht. Diese Bestimmung anzuwenden, wäre der Republik nicht würdig. (Wenn sie heute noch angewandt wird, so geschieht es — nur gegen sozialistische Beamte.) Auch hätte ihre Anwendung in diesem Fall keinen Zweck, weil in den Disziplinargerichten noch immer durchweg höhere Beamte sitzen, die von gleichem Teig gebildet sind wie jene, über die sie zu Gericht sitzen sollen. Es muß also etwas anderes und sofort geschehen, sonst nicht das Ansehen der Republik bei der Beamtenschaft ernstlichen Schaden leiden. Im Zusammenhang hiermit muß auch die Frage geklärt werden, was gegen die Eidesverweigerer zu veranlassen ist. Würde diese Frage unter der Monarchie zu behandeln sein, so wäre es einfach selbstverständlich, daß sämtliche Eidesverweigerer — wie es recht und billig ist — an die Luft gesetzt würden. In der Republik ist jetzt aber der Fall eingetreten, daß die Disziplinarkammer (!) in Hamburg einen solchen Eidesverweigerer mit einer geradezu kindisch anmutenden Begründung freigesprochen hat. Soll dies Urteil nicht zu unabwehrbaren Konsequenzen führen, so darf der Zustand, der die Möglichkeit zu solchen unerhörten Vorstößen gegen die Republik bietet, auch nicht einen Tag länger geduldet werden. Auf das neue Disziplinargesetz warien? Es geht nicht, denn der Himmel ist hoch und das Gesetz noch weit, sehr weit!

Alle diese täglich unerträglich werdenden Zustände können und müssen beseitigt werden, und zwar schnell. Es geht nicht mehr an, daß die Reichsregierung die Dinge so weiter treiben läßt und ihnen untätig zusieht. Was von der Regierung aus Anstand unterlassen wird, legen die Reaktionskräfte als Angst aus und buchen sich ein Plus. Die breiten Massen der überzeugten demokratischen und sozialistischen Bevölkerung aber stehen dieser Zurückhaltung verständnislos gegenüber, halten sie für Schwäche und werden in ihrem Vertrauen zur Regierung schwankend. Deshalb, wenn größeres Unheil vermieden werden soll, mit den notwendigen Gegenmaßnahmen nicht länger gezögert!

Heraus mit dem Befehl, der Beseitigung aller aus der Monarchie stammenden Inskriften an Gebäuden, an Amtsschildern und Siegeln der republikanischen Behörden innerhalb kürzester Frist! Heraus mit dem Befehl der Beseitigung aller Hohenzollernbilder aus allen Amtsstuben und Dienststräumen der republikanischen Ministerien und Behörden innerhalb kürzester Frist!

Heraus mit dem Befehl der schleunigsten Beschaffung vorschrittmäßiger Flaggen in den Farben der Republik für die Ministerien und Behörden und ordnungsmäßiger und vollständiger Besetzung der Gebäude an Festtagen und sonstigen zu bestimmenden Tagen; heraus aus der Zurückhaltung gegenüber den monarchistisch gesinnten Beamten, die man nicht länger wie rohe Eier behandeln darf; heraus mit Maßnahmen zum Schutz demokratisch gesinnter und sozialistischer Beamten!

Heraus mit einem Gesetzentwurf, der empfindliche Strafen und Dienstentlassung ohne Pension für jene Beamten vorsieht, welche die Republik, ihre Einrichtungen und führenden Männer beschimpfen und verunglimpfen, und schließlich heraus mit einem Gesetzentwurf, der die fruchtlose Dienstentlassung ohne Pension für Beamte vorsieht, welche der Republik den Treueid in der vorgeschriebenen Form verweigern!

Nur mit der Durchführung dieser Maßregeln wird den unheilvollen Wählerreien und der maß- und schamlosen Hege gegen den Bestand der Republik Einhalt geboten werden. Deshalb wird auch jede auf dem Boden der Republik stehende Partei einem solchen Vorgehen der Regierung ihre Unterstützung leihen müssen und leihen. Denn so wie bisher geht es wirklich nicht mehr weiter!

Die preussische Regierungsfrage.

In der Presse der bürgerlichen Demokraten und des Zentrums wird jetzt sehr viel über die Umbildung der preussischen Regierung geschrieben. Allgemein wird der Wunsch geäußert, daß die Sozialdemokratie wieder in die preussische Regierung eintrete. Dabei möchten wir aber gleich der Version entgegen treten, als ob die Sozialdemokratie quasi als Bittstellerin mit dem Hute in der Hand vor der Tür des Kabinetts Stegerwald erschienen und demütig um Einlaß siehe. Wir können vielmehr feststellen, daß in den bürgerlich-republikanischen Parteien selber die Erkenntnis um sich greift, daß mit diesem Kabinett in Preußen nicht weiter regiert werden kann, sondern daß das Kabinett Birth einer zuverlässigeren Stütze im größten Bundesstaate bedarf. So schreibt heute das „S. T.“:

Es kann heute, in einem Moment, wo wieder einmal die sozialdemokratischen Massen es im ganzen Reiche gezeigt haben, daß sie in erster Linie den Schuhwall für die republikanische Staatsform abgeben wollen, unmöglich auch nur einen Monat so weitergehen, daß diese gleichen sozialdemokratischen Massen keine Vertretung in der Regierung des größten deutschen Freistaates haben, sondern wie ausgeschaltete Schulbuben in der Ecke stehen. Es gibt jetzt nur eins: ein sofortiges und ernsthaftes Verhandeln zwischen den in Frage kommenden Parteien, sobald konkrete Vorschläge an den Ministerpräsidenten Stegerwald und die möglichst frühzeitige Einberufung des preussischen Landtags.

Dagegen wird in der rechtsdemokratischen „Voss. Ztg.“ wieder einmal die zehnmal abgelehnte Einladung an die Sozialdemokratie wiederholt, zusammen mit der Deutschen Volkspartei die Basis des Kabinetts Stegerwald zu verbreitern. Die Politiker der „Voss. Ztg.“, die in allen politischen Situationen einen glänzenden Instinkt für das Falsche bewiesen haben, scheinen sich auch jetzt über die Lage gründlich zu täuschen. Wenn sie die Entscheidung des Vörlinger Parteitag abwarten wollen, anscheinend in der Hoffnung, daß dieser seine Genehmigung zu einer solchen Koalition geben würde, so verkennen sie die in der Partei herrschende Stimmung auf das gründlichste. Selbst die geringe Minderheit der Partei, die in dem Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei nur eine taktische Frage sieht, wird den gegenwärtigen Zeitpunkt sicher nicht für geeignet halten, um eine Koalition mit einer Rechtspartei einzugehen. Die Sozialdemokratie tritt nicht um der „Ministerfessel“ willen in ein Kabinett ein, sondern um bestimmte Ziele zu verwirklichen. Im Augenblick kann es sich nur darum handeln, in Preußen eine Regierung zu schaffen, die das Kabinett Birth im Reich auf das tatkräftigste in seinem Kampfe gegen die Reaktion unterstützt. Zu diesem Zwecke wäre ein die Deutsche Volkspartei mitumfassendes Kabinett ein mehr als untaugliches Mittel. Das Berliner Organ des Zentrums, die „Germania“ scheint denn auch anderer Ansicht als die „Voss. Ztg.“ zu sein, denn sie schreibt, ohne der Deutschen Volkspartei Erwähnung zu tun:

Wenn jetzt seitens der Sozialdemokratie der Wunsch besteht, in die preussische Regierung einzutreten, so kann von vornherein als feststehend angesehen werden, daß seitens der beiden Regierungsparteien in Preußen diesem Wunsch sicherlich kein Widerstand entgegengesetzt wird.

Man darf sich aber nicht darüber täuschen, daß mit dieser scheinbar einfachen Formulierung das Problem nicht gelöst ist. Das Problem liegt vielmehr im Zentrum selbst, das sich zurzeit, wie es wohl kaum bestreiten wird, in einer ganz unnatürlichen Lage befindet. Im Reich richtet der Zentrumskanzler Birth in voller Uebereinstimmung mit der Sozialdemokratie den Regierungskurs scharf gegen die Gefahr von rechts. In Preußen regiert der Zentrumsministerpräsident Stegerwald, gestützt auf die Hilfe der beiden Rechtsparteien, nicht zu Last der Sozialdemokraten. Erst jetzt ist wieder auf dem deuffnationalen Parteitag das Lob des Herrn Stegerwald gesungen worden. Wir nehmen an, daß von den politisch erfahrenen Führern des Zentrums selbst erkannt wird,

daß in dieser Weise eine Partei nicht gegen sich selber Politik treiben kann. Jedenfalls geht aus dem allen hervor, daß man das Kabinett Stegerwald nicht einfach um die Sozialdemokratie verlängern kann, denn dieses Kabinett hat seine bisherige Politik auf die ausgesprochene Unterstützung der Rechtsparteien eingerichtet. Vielmehr ist eine Aenderung des Gesamtkurses notwendig, zu der das preussische Zentrum selber seinen Teil beitragen müßte. Was im einzelnen hierzu erforderlich wäre, darüber zu sprechen, wäre noch vorfrüht. Hier soll zunächst einmal das Problem als solches unzweideutig festgestellt werden.

Die Rechte provoziert weiter.

Magdeburg, 2. September. (WZB.) Die Pressestelle des Oberpräsidiums teilt mit: In Neuhaldensleben sollen von den Rechtsparteien große Schwarzweihrot umranderte Plakate mit dem Aufdruck: „Es lebe die Monarchie!“ angeschlagen worden sein. Der Arbeiter bemächtigte sich diese große Erregung, sie drangen in die Häuser ein, hielten die Führer der Rechtsparteien heraus und zogen sie durch die Straßen, wo sie vom Publikum verhöhnt wurden. Nach Meldungen des Bürgermeisters sind Verletzungen und Verwundungen nicht vorgekommen. Schußpolizei ist von Magdeburg nach Neuhaldensleben unterwegs. Nähere Einzelheiten sind bisher noch nicht festgestellt.

Bedauerliche Entgleisungen.

Heldberg, 2. September. (WZB.) Bei den gestrigen Kundgebungen kam es zu einigen Zwischenfällen. Vor dem Gefängnis, das zurzeit keine politischen Gefangenen, aber Schwerverbrecher beherbergt, verlangte die Menge die Freilassung der Gefangenen. Starke Sicherheitspolizei posten hielten die Tore besetzt. Arbeiterführer beruhigten die Menge. Ihrem Eingreifen verdankt auch die „Baltische Post“, in deren Gebäude die Demonstranten eindringen wollten, daß lediglich die Torstraße eingedrückt wurde. Während des Demonstrationzuges am späten Abend schlugen junge Burschen mit Stangen Ladenschilde, besonders Hoflieferantenschilder, herab.

Ministerkrise in Frankreich?

Paris, 2. September. (WZB.) Wie Marcel Hutin im „Echo de Paris“ mitteilt, ist es leicht möglich, daß Finanzminister Doumer im Verlaufe des heutigen Ministerrates zurücktritt. Er werde durch Doucheux ersetzt werden, an dessen Stelle ein Senator Wiederaufbauminister werden würde. Es ist aber auch möglich, daß das ganze Kabinett zurücktreten werde. Es werde dann aber nur eine kurze Krise sein, die wahrscheinlich in einem Tage gelöst werden würde.

Clémenceau spricht.

Paris, 2. September. (WZB.) Die Havas-Agence meldet aus Ajaccio: Clémenceau, der gegenwärtig Korsika bereist, hielt bei seinem Empfange im Sorten eine Rede, in der er sagte: Ich verteidige den Versailler Friedensvertrag. Der Friedensvertrag darf nicht antastbar sein. Er gibt, wenn man seine Ausführung zuläßt, Frankreich eine ausreichende Genugtuung. Wenn ich in der Frage der Volksabstimmung in Oberschlesien nachgab, so ist dies geschehen, weil die Mehrheit der Alliierten mich dazu veranlaßt hat und weil die Volksabstimmung dem heiligen Grundgesetz der Selbstbestimmung der Völker entspricht. Dieser Grundgesetz wird uns erlauben, die berechtigten Aspirationen des mit Frankreich befreundeten Volkes zu schüßen.

Verschiedenen Blättermeldungen zufolge beabsichtigt Clémenceau in das politische Leben zurückzukehren.

Internationale Arbeiter-solidarität.

Brüssel, 2. September. (WZB.) Die Föderation der Brüsseler Gewerkschaften protestiert gegen die Art und Weise, in der die belgischen Militärautoritäten im besetzten Gebiet die deutschen Arbeiter zu behandeln versuchen sowie gegen das oft brutale und blutige Vorgehen der belgischen Heeresangehörigen bei Streifangelegenheiten.

Die Behandlung der Zuckerkrankheit. Ursprünglich glaubte man, nur Stärke und Zucker seien Quellen der Zuckerbildung, und darauf gründete sich die früher allein herrschende Behandlung mit Entziehung der Mehl- und Zuckerkost. Später jedoch erkannte man, daß beim Diabetiker auch aus Eiweißkörpern, ja selbst aus Fetten Zucker gebildet werden kann. Die Dauerentziehung der Mehlstoffe, die „strenge Diät“ hat jedoch den Nachteil, die Bildung der schädlichen Acetonkörper aus Fett zu begünstigen. Ein wesentlicher Fortschritt war somit die Erkenntnis, daß, wenn man die Eiweißkörper stark beschränkt und dafür reichlich Mehlstoffe gibt, man das gleiche Ziel erreichen kann. Diese Anschauung wurde aber erst völlig geklärt, als Prof. v. Noorden, die erste Autorität auf diesem Gebiet, die „Häferkuren“ mit Erfolg anwandte.

Noorden veröffentlichte sodann in der „Umschau“ einen Aufsatz über die heutige Diabetesbehandlung. Danach bedürfen die Mehlstufen einer ganz bestimmten Anordnung und diätetischen Vorbereitung und kommen ganz besonders schweren Diabetikern mit Acetonausscheidungen zugute. Am zweckmäßigsten erwies sich eine „Wechsel-diät“, die bald die Nahrungsmittel der Kohlehydrate, bald die der Eiweißkörper auf feste Stufe niederdrückt. Erheblich ungünstiger zeigte sich die Einstellung der Kost auf mäßige Einschränkung der unmittelbaren Zuckerbildung, verbunden mit mäßiger Einschränkung der Eiweißkörper; und noch ungünstiger, wenn bei dieser Mischkost die Eiweißzufuhr eine übertriebene Höhe erreicht. — Die dritte Form der „Schonungsdiät“ ist die Einschränkung der Gesamtkost auf das unbedingt notwendige Maß. Gelegenliche „Hungertage“ schädigen als Einzeltage den Ernährungszustand niemals, sondern entlassen den Zucker lebenden Apparat davor, daß man selbst bei äußerster Schwere Füllen den Zuckergehalt des Harns von 5-7 Proz. binnen 24 Stunden auf Null zurückführen kann. Die moderne Behandlung setzt sich zusammen aus einer einsichtigen strengen Schonungskur, bei der die stark beschränkten Kostformen vorherrschen, und der Dauerkost, die sich auf verschiedenen Grundformen aufbaut, auf welche in dem Aufsatz näher eingegangen wird.

Das Theater in der Königgräber Straße eröffnete die Saison wieder mit den Einaktern, die zuletzt der Orka Stargeliebheiten geboten hatten. In Strindbergs Komödie „Mit dem Feuer spielen“, worin das Geschlechter- und Ephemera noch bei aller Hintergründigkeit von der humoristischen Seite genommen wird, gab sie das Weibchen bald kindlich kokettierend und bald fogenhaft fuchsend mit einem resoluten Stich in die Affektiertheiten einer verzogenen Adnin aus Berlin WZB. und mit mancherlei Pöllenbergmanieren. Paul Bildt gab den festierenden, räsommierenden Freund — etwas zu ernsthaft. In dem Kallistenreißer „Satan's Mask“ überboten sich Johannes Riemann und die Orka in einer Theaterpielerlei, die sich in Effekthascherei überpurzelt.

Die Gesellschaft für Geschlechtskunde, die im April d. J. unter Mitwirkung bekannter Ärzte, Volkswirtschaftler und Politiker zur letzten Wählung der Reichsversammlung gegründet wurde, wird am 7. September, abends 7 Uhr, in der Aula des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Kochstraße 13, mit einem Vortrag „Alte und neue Sittlichkeit“ an das Publikum treten. Eintrittskarten 3 R.

Schwarz-Rot-Gold.

Von Fritz Müller, Chemnitz.

Debatteredner: ... Und dann besah der Herr Vortragende die Geschmackslosigkeit (Unruhe), die neue Reichsfahne zu verspotten.

Zurufe: Viel zu anständig war er! Nieder mit dem Schmachlappen! Judenfahne!

Debatteredner: Er hat sich auch den abgedroschenen Witz geleistet, von der roten Gegenwart —

Zuruf: Ist sie auch!

Debatteredner: ... von der schwarzen Zukunft —

Zuruf: Die Zukunft ist schwarz!

Debatteredner: ... und der goldenen Vergangenheit.

Zuruf: War sie auch!

Debatteredner: Die Vergangenheit erscheint Ihnen von der Rechten deshalb bloß so golden, weil Sie damals die Macht in den Händen hatten (Unruhe), weil Sie überall an der Futterrippe saßen (Widerspruch), und weil Sie entweder viel zu wenig oder gar keine — Steuern bezahlten! (Große Unruhe.) Hier hat die Revolution einigen Wandel geschaffen.

Zuruf: Alles hat sie vernichtet!

Debatteredner: Alles nicht!

Zuruf: Gott sei Dank!

Debatteredner: Nein, nicht: Gott sei Dank!, sondern: Leider! (Unruhe.) Die Revolution hätte noch viel gründlicher vor sich gehen müssen! (Große Unruhe.) Über etwas hat sie doch gebracht. (Unruhe.) Drum ärgern Sie sich so! Sie hat den alten Klassen- und Obrigkeitsstaat (Unruhe) in einen Volksstaat verwandelt.

Zuruf: Der alte Staat war besser!

Debatteredner: So sagen Sie, weil Ihre Klassengenossen damals die Macht in den Händen hatten. (Widerspruch.) Eine andere Erregungsform der Umwälzung ist auch, daß wir andere Steuergesetze bekommen haben.

Zuruf: Die sind auch danach!

Debatteredner: Gewiß lassen sie manches zu wünschen übrig.

Zuruf: Sehr richtig!

Debatteredner: Sie von der Rechten rufen: Sehr richtig! Ich möchte nur bemerken, daß in den meisten Fällen, wo Ihnen die neue Steuergesetzgebung nicht behagt, wie sehr zufrieden damit sind. (Unruhe.) In allen den Fällen geht es nämlich an Ihren Gebrechen! Darum erscheint Ihnen die Zukunft schwarz! (Wärm. Allerhand Zurufe.) Gewiß sind die Preise wahnsinnig gestiegen. Ge-

wiß ist bittere Not in viele Familien eingeleitet, in denen sie früher nicht herrschte.

Zuruf: Na also!

Debatteredner: Aber dafür kann die Umwälzung nichts. (Widerspruch.) Daran ist der Krieg schuld. Der Krieg, zu dem Ihre Leute gehen haben (Unruhe), der Krieg, der für Sie nicht lange genug dauern konnte (Wärm), der Krieg, der durch Ihre Schuld so unglücklich endete. (Große Unruhe.)

Wenn nun die Not durch Ihre Schuld so groß ist (Stürmische Unterbrechung), wenn sich für viele auch die Zukunft recht schwarz malt, so ist sie doch im Vergleich zu dem, was sie uns gebracht hätte, wenn es nach Ihrem Willen gegangen wäre, immer noch golden zu nennen!

Walhalla-Theater: „Die schöne Helena.“ Mit der Operette soll man es machen wie mit dem Roman: wenn zwanzig neu erschienen sind, genieße man einen alten. Wenn das Publikum sich in der Stehbierhalle der modernen Tanzschieberoperetten überdient hat, gebe man ihm aus dem feinsten, preislichsten Weinspöckl Offenbach zu trinken. Nun ist die „Die schöne Helena“ zwar nicht das Meisterwerk dieses genialen Meisters; sie liebäugelt schon zuviel mit der Sentimentalität und Vorliebe der geschloßenen Oper und klebt der beißend-lachenden Satire, der olympischen Verpötlung mancherlei schuldig. Aber auch der Rest noch ist Reichtum, Laune, Sieg des erregenen Tanzes und des Rhythmus. Wer diese Operette im Walhalla-Theater hörte, erkennt sie kaum wieder. Der Reiz des fliegenden Tempos wor durch Müdigkeit, die Lust des Schwelbend-Glitzerns durch klares Licht, die geloderte Bewegung durch farne, massige Wucht ergänzt und verdrängt. Da waren kaum alle Töne richtig, und vom Geiste Offenbachs, der ein Rheinländer oder auch ein Franzose, niemals aber ein Berliner war, brang nichts aus Orchester und Bühnenraum. Keine Heiterkeit, kein festliches Aufwachen, kein Sturmbeifall. Auch im Kaiser sollte Maß gehalten werden und das Breitreten aller griechischer, tosmadischer, Berliner Wortwitze wakt den Stoff so aus, daß die Melodien Nebenrolle werden. Im Orchester zeigen die ersten vier Akte, daß das Blech und das Kalbsfell in der rechten Ecke alle ansehnlichen Streicher tot machen muß. Der Dirigent hat Mühe, Chor, Instrumente und Solisten nebeneinander zu halten. Es geimst aber alles taublich, und große Entgleisungen fehlen. Auf der Bühne keine Stimme von Reiz; wenn sich Helena auch noch so viel Mühe gibt, — das gewisse Etwas an übertragbarer Laune fehlt ihr. Schlimmer der über sprechende Boris mit den fehlergegriffenen Tenortönen. Die Könige lauern auf ihre Effekte und brüllen sie heraus, mathematisch brutal. Wenzlaus wirkt gut, gerade weil er knädel. Rathaus immer dann, wenn er verärrt, sich in den Mittelpunkt zu stellen. Der Chor ist weniger verführerisch als zu falschen Einsäßen verführend. Wohin über blüht und hört: Talmi. Arbeit ist zu spüren, aber die Heimfähigkeit einer Spieloper, die Feinhörigkeit eines Meisters müßte jeden Takt und jedes Wort revidieren, um vor Offenbach zu bestehen, und aus dem Ensemble müßte mancher Akzent entfernt werden.

R. E.

Groß-Berlin

Die geschminkten Häuser.

Mit den Bars und Dienen fing's an. Das waren die vergnügten Häuser, deren Eingang grell und auffallend angestrichen wurde, im Einklang mit ihren weiblichen Besuchern. Bei der Tür blieb es nicht, um die gasföhlige Wärme herum wurde das ganze Erdgeschloß festlich getüncht, mit Farben wie aus einem Kinderholzbaukasten, hellrosa, hellblau, giftgrün, lehmgelb, rosenrot, alles ganz primitiv, auch die Zusammenstellungen: laubrosa mit eigeib, zuckerbuttblau mit ziegelrot, wie eben diese Holzhauschen in der runden Spahnschachtel, mit denen wir als Kinder gespielt haben.

So bunt und nativ lockten die viel weniger nativen Kuppelkale, meist an den gangbarsten Straßenecken gelegen; jetzt hat längst jede „anständige“ Straße in jedem dritten Haus seine eigene bunte Vitrinfarbe, die nicht anständigen haben natürlich viel mehr. Und da die Farbe offensichtlich zog, machten es die Zigarettenläden nach, die Zigarettenläden und die feinen Delikatessgeschäfte, die ungefähr dasselbe Stammpublikum haben, wie die teuren Kuppelkale. Schließlich kamen aber auch die anderen Läden auf den Geschmack, die kleinen Seifenhändler, die gebobenen Gemüßekrämer, Friseur, Konditoren und gar die kunstgewerblichen Werkstätten, die begnügten sich nicht damit, sie schmückten die Außen- und Innenwände ihrer kleinen Räumlichkeiten sehr lustig mit hochmodernen Ornamenten in den zierlichsten Zuckergußfarben aus. Andere Geschäfte folgten schnell nach, die ältesten Häuser, sonst schlicht, ernst und in Ehren ergraut, legten sich doch ein leichtfertiges Erdgeschloß zu, d. h. das Erdgeschloß war schon immer da, natürlich, aber der Leichtsinns, der kam erst jetzt im Alter. Wie das so ist.

Wenn man durch unsere Straßen geht oder fährt, beim Fahren merkt man es am ehesten, da fallen einem die fideles rosa und hellblauen, zitronengelben oder himbeerroten Ecken mit den bunten einfallenden Plakaten gar nicht mehr auf, ganze Straßenzüge sehen wie maskiert aus, als hätte man sie aus dem Bilderbogen herausgeschmitten, das Gegenteil ist erreicht: die nichtbepflanzten Häuser, die Geschäfte, die nicht mitgemacht haben bei dem toletten Maskenball, die sich nicht geschminkt und nicht bemalt haben, die fallen auf.

Dennoch eine Sedanfeier!

Flucht in die Kirche.

Den Schulen hat das Provinzialschulkollegium jede einer Sedanfeier ähnliche Veranstaltung untersagt. Das Polizeipräsidium hat die Abhaltung deutschnationaler Sedanfeiern unter freiem Himmel und auch in geschlossenen Räumen verboten. Trotzdem fand am gestrigen Donnerstag eine Sedanfeier des Deutschnationalen Jugendbundes statt. Festlokal war die Charlottenburger Luisenkirche.

Schon am Sonntag wies im Gottesdienst der Luisengemeinde der Pastor auf die in der Kirche geplante Sedanfeier hin, um für sie zu werben. Die Veranstalter dieser deutschnationalen Sedanfeiern hatten die Kirche wohl deshalb als Festlokal gewählt, weil sie sich sagten: Hier kann uns keiner! Hoffentlich wird aber die zuständige Behörde nicht davor zurückschrecken, die Schwarzweißproben aufzuführen und beim Kragen zu nehmen. Das Polizeipräsidium hat zweifellos das Recht und die Pflicht, dem Verbot deutschnationaler Sedanfeiern auch dann Geltung zu verschaffen, wenn eine Kirche als Versammlungsraum erhalten zu werden. Die Feier fand bereits am 1. September statt, während das Verbot anscheinend nur den 2. September betraf. Wir vermuten, daß in den nächsten Tagen und Wochen noch mehr kirchliche Sedanfeiern folgen werden. Da empfehlen wir dem Polizeipräsidium, schleunigst in unabweisbarer Form festzustellen, daß alle Feiern von Schlagschlag auch nach dem 2. September und auch in Kirchen verboten sind.

Bei der Feier in der Charlottenburger Luisenkirche war die Beteiligung mäßig, so daß der keineswegs große Raum sich noch nicht voll füllte. Drei Fahnen, behängt mit schwarz-weiß-roten Bändern, wurden heringetragen von Jugendlichen, die sich mit Schärpen in schwarz-weiß-rot „geschmückt“ hatten. Dem Festredner Prediger Richter merkte man es an, wie schwer es ihm wurde, sich die durch die Zeitumstände gebotene Beschränkung aufzulösen. Daß er die vor ihm stehenden Jungen und Mädchen als die „Hoffnung des deutschen Volkes“ feierte, versteht sich von selber. Fast mehr als von Deutschlands Sieg im Jahre 1870 sprach er von Deutschlands Zusammenbruch im Jahre 1918. Die in den Novembertagen 1918 erlangene Freiheit (er sagte: „die sogenannte Freiheit“) ist ihm zuwider, weil sie „zur Zügellosigkeit führt“. Aber er vertraut auf den „alten Geist, der nicht sterben kann und schließlich einmal durch alles Dunkel hindurchleuchten wird“. Im Gebet erbat er Gottes Segen auch für — „unseren Kaiser und König in der Ferne“. Was schert es diesen Pastor, daß wir im dritten Jahre der Republik leben? Sein „Kaiser und König“ entzog sich im November 1918 der Verantwortung vor „seinem Volk durch feige Flucht ins Ausland. Aber Festredner Richter zeigte ihm „wartend auf die Stunde der Ehre, die da kommen muß und wird“. Unter den kriegerischen Klängen des Hohenfriedberger Marsches, den ein Bläserkorps schmetterte, endete die Feier.

Was sagen übrigens zu dieser in einer Kirche veranstalteten deutschnationalen Sedanfeier diejenigen Gläubigen, die Republikaner sind? Man sieht, wie neben dem Thron immer wieder der Altar seinen Platz haben will — auch neben dem umgestürzten Thron!

Der Amerika-Liebesgabenschwindel.

Missis Moll vor Gericht.

Der Liebesgabenschwindel der Deutschamerikanerin Missis Virginia Moll gelangte heute unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Geheimen Justizrat Oppler vor der I. Ferienkammer des Landgerichts I zur Verhandlung. Die auf Betrug, Kriegswucher, Kettenhandel bzw. Weisheit hierzu lautende Anklage richtet sich gegen die in Lodi in Nordamerika gebürtige Privatiers Virginia Moll, den Kaufmann Kurt Rauthner und den Bankbeamten Erich Flatau, denen die Rechtsanwälte Dr. Hartte, Dr. Voll, Dr. Sohn Wertheim und Dr. Walter Jaffe zur Seite stehen. Der Hauptdelikt, Kaufmann Leo Hirschfeld aus Kopenhagen ist städtisch geworden. — Wie schon mitgeteilt, handelt es sich um einen in die Millionen gehenden Schwindel und Schleichhandel mit Lebensmitteln, für welche auf Grund der falschen Angaben den Angeklagten von den zuständigen Reichsstellen Einfuhrerlaubnis und sogar Zollfreiheit erteilt wurde.

An ihrer heutigen Vernehmung befuhrte die Angeklagte Moll in einem schwer verständlichen Dialekt eine Unendlichkeit von Dingen, die mit der eigentlichen Sache gar nichts zu tun haben, bzw. nur in sehr losem Zusammenhang damit stehen. Sie war bestrebt, darzutun, daß sie mit vielen englischen und amerikanischen Kreisen in Beziehungen gestanden habe und bestritt mit Entschiedenheit, daß sie lediglich beabsichtigt habe, Privatgeschäfte zu machen.

Auto-Omnibus Turmstraße-Neukölln.

Vom 15. September ab wird die Allgemeine Berliner Omnibus- u. G. die frühere Kraft-Omnibuslinie 11, Turmstraße-Neukölln Hermannplatz, wieder verkehren lassen. Die Wagen durchfahren die Turmstraße, Alt-Neukölln, Lehrter Bahnhof, Rolfsbrücke,

Brandenburger Tor, Unter den Linden, Friedrichstraße, Leipziger Straße, Dönhofsplatz, Moritzplatz, Kolonnen-Tor bis zum Hermannsplatz. Erster Wagen ab Turmstraße 6.45, ab Neukölln 7.30, letzter Wagen ab Turmstraße 11.05, ab Neukölln 11.50. Fahrpreise: Turmstraße—U. d. Linden (Ecke Friedrichstr.) 1 M., Kriminalgericht—Leipziger Ecke Charlottenstr. 1 M., Rolfsbrücke—Moritzplatz 1 M., U. d. Linden—Kolonnenbrücke 1 M., Leipziger Ecke Charlottenstraße—Hermannsplatz 1 M. Die ganze Fahrt kostet 2 M. Dauer der Fahrt etwa 40 Minuten. Die Wagen verkehren in Abständen von 10 Minuten.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

Die Vernehmung des Luftsoldaten Grohmann wurde heute unter einem großen Zeugenauflauf fortgesetzt. Die Kriminalpolizei ist bemüht, durch Gegenüberstellungen das rätselhafte Verschwinden des Hausmädchens Sosnowski aufzuklären, das zweifellos auch ein Opfer des alten Wüstlings geworden ist. Wie mitgeteilt, wurden in der Wohnung Grohmanns Teile des Sammetrockens, den die Sosnowski zuletzt getragen hatte und auch deren Taschentuch gefunden und von einer Reihe von Zeugen als deren Eigentum mit Bestimmtheit wiedererkannt. Grohmann behauptet, daß diese Sachen einem anderen Mädchen gehören würden. Dieses Mädchen ist jetzt auch ermittelt worden. Sie sagt im Gegensatz zu Grohmann aus, daß die Sachen ihr nicht gehört haben. Es ist der Kriminalpolizei auch gelungen, die Herkunft des Rockes und des Taschentuchs festzustellen und so zweifelsfrei nachzuweisen, daß sie der Sosnowski gehört haben. Die Untersuchung des gebrauchten Fleisches, das bei Grohmann gefunden und beschlagnahmt wurde, ist noch nicht abgeschlossen. Man nimmt an, daß es sich um Menschenfleisch handelt, doch muß dies noch genauer untersucht werden.

Im D-Juge um 46 000 M. beschlagnahmt wurde gestern ein Fabrikant aus Dormstadt. Der Fabrikant benutzte den Schnellzug 179 Frankfurt a. M.—Berlin. Auf der Strecke Kassel—Magdeburg war er eingeschlafen. Diese Zeit hatte ein Dieb benützt, um ihm die Geldtasche mit 46 000 M. bares Geld zu stehlen. Wahrscheinlich ist der Diebstahl kurz vor Magdeburg verübt worden und hat der Dieb dort den Zug verlassen. Außer dem baren Gelde enthielt die Tasche noch Papiere auf den Namen Walter Schüge. Mitteilungen, die zur Verhaftung des Diebes und Wiedererlangung des gestohlenen Gutes führen können, sind an Kriminalkommissar Dr. Niemann, Zimmer 34 des Berliner Polizeipräsidiums, zu richten.

Die Besichtigung des germanischen Reitergrabes in Neukölln findet täglich von 4 bis 7 Uhr nachmittags gegen ein Eintrittsgeld von 0,20 M. für Erwachsene und 0,10 M. für Kinder statt. Das Grab ist in der heimatländischen Sammlung des Neuköllner Schulmuseums im Körnerpark aufgestellt.

Die 15. Allgemeine Ausstellung der Groß-Berliner Laubkolonisten, die in der großen Glashalle des Zentralviehhofes stattfindet, übertrifft alle bisherigen Ausstellungen. Es sind bis jetzt circa 600 laufende Meter in der Abteilung „Obst- und Gartenbau“ angemeldet und je 500 Nummern für Geflügel und Kaninchen. Auch die Ziegenzucht wird lehrsamere Exemplare bieten. Da die Witterungsverhältnisse in der letzten Zeit sich gebessert haben, werden Schauobjekte gezeigt, die ohne Zweifel einen Besuch der Ausstellung lohnen werden. Die Ausstellung ist von Sonntag mittags bis Dienstag abends geöffnet.

Schuh den Ruderern! Man schreibt uns: Seit der Aufhebung des Fahrverbots für Motorboote bilden die rosend gewordenen Motorbootbesitzer eine große Gefahr für den Ruderer. Eine sichtlich Freude herrscht bei fast allen Motorbootbesitzern, wenn der Ruderer, der meist Frau und Kind an Bord hat, in den durch zu schnelles Fahren erzeugten hohen Bugwellen schaukeln muß. Die Arbeiterrunderer fragen, wo bleibt des Sonntags der mächtige Bammerschutz? 5 Boote des Bammerschutzes stehen wohlverwahrt im Hofen zu Baumshuldenweg. Sollen die Ruderer erst zum Selbstschutz greifen?

Eine Maskendemonstration für Schwälde und Umgezogen gegen den politischen Nord und die Wälderbewegung findet am Sonnabend, den 3. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, statt. Es ist Pflicht der erwerbstätigen Volksgenossen, an dieser Kundgebung gegen die Kriegsbewegung teilzunehmen. Auch in Erlener findet am Sonnabend, den 3. September, eine Massenversammlung gegen die monarchistischen Umtriebe statt. Sie wird abends 6 Uhr im Proletarischen Gesellschaftsraum, Erlener, Friedrichstr. 75, abgehalten. Alle Parteigenossen sowie alle Arbeiter-Sportorganisationen, die Ausflüge veranstalten, werden ausdrücklich auf unsere Veranstaltung hingewiesen.

Das Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Wohl warm, aber abends bewölkt, mit etwas Regen und meist schwachen, westlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Seute, Freitag, den 2. September, abends 6 Uhr, im Gesangsraum der Schule Kochstraße 13:
Versammlung der Sozialbeamten.
Thema: Reichsjugendwehrverbot - Gespenstmaske. Berichterstatterin: Reichstagsabgeordnete Marie Juchacz.
Alle Sozialbeamten sind hierzu freundlichst eingeladen.
Abend, Samstag, den 3. September, abends 6 Uhr, in der Schulstraße 22/24:
Große allgemeine Bezirks-Wohlfahrtskonferenz.
Tagesordnung: 1. Die örtliche Wohlfahrtskonferenz. Referentin: Genossin Elvira H. u. d. R. — 2. Ausprobieren. — 3. Wahl zweier Delegierter zur Bezirks-Tagung. — 4. Verschiedenes.
Die Stadt-, Bezirksverbände und Bürgerdeputierten sind hierzu besonders eingeladen.

7. Kreis, Charlottenburg, Sonnabend abends in der Zeit von 6 bis 8 Uhr sind in sämtlichen Vertretungsstellen der Abteilungen die für Sonntag bestimmten Flugblätter abzugeben.
16. Abt. Charlottenburg. Die Parteigenossen holen ihre Flugblätter bei Schneider, Holzendorferstr. 14, ab.
18. Abt. Schöneberg. Sonnabend abends 7 1/2 Uhr, bei G. R. u. d. R., Ecke Ruben- und Degenstraße, wichtige Versammlung aller Funktionäre.

Gewerkschaftsbewegung

Das „Zuständigkeits“-Ministerium.

Im Bereich des Reichsministeriums für Wiederaufbau besteht ein Zentralbetriebsrat, zu dessen Einrichtung „man“ sich seinerzeit unter dem Druck der U.S.-Verbände hat entschließen müssen. Dafür sind jetzt die Schwierigkeiten um so größer, die von den Herren Regierungspräsidenten in jeder nur möglichen Weise bereit werden. Bornehmlich spielt hierbei der Begriff der „Zuständigkeit“ eine gewaltige Rolle. Will z. B. der Zentralbetriebsrat ein Mitglied nach der Provinz (circa 150 Kilometer von Berlin) entsenden, um einen Betrieb, in dem fünf Betriebsratsmitglieder mit fristloser Entlassung bedroht werden, vor Erschütterung zu bewahren, wird wegen „Unzuständigkeit“ das Reisegeld verweigert. Soll der Zentralbetriebsrat zu ernster Arbeit zusammenzutreten, so hält zwar das Ministerium einen Versammlungsraum bereit, tritt aber in lebhafter Ermahnung darüber ein, ob die Tagung des Zentralbetriebsrates notwendig ist.

Wenn endlich nicht etwas logisches Verständnis auch in diese verstaubten Amtsstuben bringen?

Wenn endlich wird Herr Minister Dr. Rathenau seine Regierungspräsidenten darüber aufklären, daß Betriebsräte notwendige Einrichtungen sind?

Wenn endlich wird Herr Minister Dr. Rathenau diese Herren darüber belehren, daß die passive Resistenz gegen den Geist des Betriebsrätegesetzes nicht dazu angetan ist, den Wirtschaftsfrieden zu sichern?

Wenn endlich wird der Herr Minister Dr. Rathenau die „zuständigen“ Herren Regierungspräsidenten überhaupt von der Wahrnehmung von Aufgaben entbinden, die ihnen so „schlecht liegen“?

Wenn endlich???

Generalversammlung der Betriebsräte.

Um dem allseits geäußerten Wunsch der verschiedenen Betriebs- und Gruppenversammlungen Rechnung zu tragen, findet am Mittwoch, den 7. September 1921, abends 6 Uhr,

im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Berlin SO. 16, Engelauer 15, die Generalversammlung der Betriebsräte des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin statt mit der Tagesordnung: 1. Steuerfragen und Teuerung. Referent: Kurt Heinitz; Korreferent: Emil Barth. 2. Freie Aussprache. Wir bitten die Kollegen aller Betriebe und Gruppen, darauf zu achten und zu kontrollieren, daß sämtliche Generalversammlungsdelegierte in der Generalversammlung erscheinen.
Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin. J. A.: E. Barth.

Zum Streik im Nahrungsmittelgroßhandel.

Der Kampf nimmt an Schärfe zu. Die Unternehmer versuchen durch Inzertate in den bürgerlichen Zeitungen Arbeitswillige zu erhalten. Eine Konferenz der Vertrauensleute hat jetzt den Beschluß gefaßt, auch das Anrollen von Gütern durch Speditoren als Streikarbeit zu betrachten. Das Anrollen von Waren an die bestreikten Firmen durch Speditoren oder Schwerfuhrwerksbetriebe strikte zu verweigern.

Damit unsere Kollegen genau informiert sind, geben wir hiermit die bestreikten Firmen bekannt: Wier u. Waldbach, Dr. Hamburger Str. 17, Leonhard Conrad, Köpenicker Str. 39, Karl Ebel, Neue Königstr. 25, Einkaufszentrale der Kolonialwarenhändler, Teltower Straße 46/47, J. Feigt, Köpenicker Str. 43, Gebr. Fink, Schillingstraße 14, Genossenschaft der Getreidehändler, Eintrachtstraße, Neukölln, A. Guttscham, Friedrichstr. 234, Mag. Häuser u. Co., Bergstraße 34/35, Heinemann u. Jilinski, Skollherstr. 34, Emil Herrmann, Teltower Str. 57, J. Kosterlich, Kraußstr. 4/5, J. A. Luhe, Heiligengasse, Straße 16, Neuh. u. Wille, Wustrower Str. 15/16, J. L. Reg. Behrer Str. 14/15, Wilhelm Salzweil, Bismarckstr. 14, H. Schlegel u. Co., Schönberger Str. 16a und Köpenicker Str. 31, Otto Schoeningh, Alexanderstr. 1, Julius Staage, Invalidenstr. 120/121, Fr. Ullendorf u. Co., Danziger Str. 52, F. A. Wille Nachf., Dramenstraße 163, Gebr. Gause, Brüderstr. 7, J. Hausen sen., Rondbühnenplatz 3, Hirschfeld u. Co., Weihenstepf, Charlottenburger Str. 148, Marcuse u. Orbach, Michaelstr. 20, C. Menzies, Teufelsdr. 4, Müller u. Braun, Landsberger Str. 92, Schramm u. Goldenring, Neue Schönhauser Str. 19, Gustav Schulze u. Co., Fischerstr. 26/27, C. F. Wiestrad, Leipziger Str. 82, P. Hrabowski, Schönberg, Hauptstr. 159, Emil Tengelmann, A. Junz, St. Wm., Conrad Carlinski u. Co., Vintenstr. 201a, P. Dery, Chausseestr. 120, Rud. Nigen, Greifswalder Str. 213, Knörke u. Lange, Schiffbauerdamm 34, J. F. Körner, Brenzlauer Str. 32, H. Kurz, Krillierstr. 22, F. Leisholz, Brunnenstr. 157, R. L. Diebrecht Nachf., Voßtr. 16, Martin u. Panth, Ackerstr. 83/84, Niedrig u. Kramer, Vorsigt. 2. Wir bitten um strengste Solidarität.

Die Streikleitung.

Eine gelbe Wächtervereinigung.

Zu dieser Notiz in Nr. 401 des „Vorwärts“ geht uns unter Berufung auf § 11 des Preßgesetzes eine Berichtigung zu. Wir entnehmen derselben: „In Ihrer Zeitung vom 26. August 1921 wird die Behauptung aufgestellt, die Hausorganisation der Wachbereitschaft Groß-Berlin sei eine gelbe Organisation, welche unfähig sei, auch nur das geringste für die Arbeiter zu leisten und Schmaroberdienste beim Unternehmer leiste.“

Diese Behauptung ist un wahr. Wahr ist vielmehr, daß die „Freie Vereinigung aller Angehöriger der Wachbereitschaft Groß-Berlin“ lediglich und entschieden die Interessen der ihr angeschlossenen Arbeitnehmer wahrnimmt.“ Zugabe wird, daß, als ein Vertreter des Transportarbeiterverbandes bei dem Geschäftsführer Direktor Dorow war, letzterer sich bereit erklärte, einen Tarifvertrag abzuschließen. „Als dieses den Arbeitnehmern der Wachbereitschaft mitgeteilt wurde, lehnten diese in einer Betriebsversammlung einstimmig einen solchen Tarifvertrag ab, weil sie bereits wesentlich bessere Bedingungen mit der Direktion vereinbart hatten. Die Arbeitervereinschaft der Wachbereitschaft Groß-Berlin lehnt einen Organisationszwang entschieden ab.“

Freie Vereinigung aller Angehörigen der Wachbereitschaft Groß-Berlin.
W. Seefeldt, Vorsitzender des Betriebsrats, Berlin, Schönhauser Allee 102.

Zur richtigen Einschätzung dieser Vereinigung erübrigt sich jedes weitere Wort. Durch diese Berichtigung charakterisiert sie sich hinlänglich.

Endgültiges Ergebnis der Kaufmannsgerichtswahlen.

Es erhielten: Zentralverband der Angestellten auf 21 834 Stimmen 125 Beisitzer, Allgemeiner Verband der Bankangestellten 1932 Stimmen 7 Beisitzer, „Bertarbeits“ 11 606 Stimmen 66 Beisitzer, „GdA“ 7554 Stimmen 42 Beisitzer, Versicherungsangestellte 984 Stimmen 5 Beisitzer, Katholische kaufmännische Vereine 563 Stimmen 4 Beisitzer, Reichsverband der Bankangestellten 220 Stimmen 1 Beisitzer.

Von den Stimmen der Arbeitgeber entfielen 3876 auf die Liste der bürgerlichen Arbeitgeber mit 247 Eigen und 49 Stimmen auf die Liste der freien Arbeitgeber mit 3 Eigen.

Die Wächter-Angestellten hatten am 29. August eine Nachversammlung. Richter vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten behandelte die Frage: „Was erwarten wir vom kommenden Lohnkrieg?“ Die Unternehmer hätten es trefflich verstanden, für die Verlängerung der Polizeistunde einen Preiseschub zu führen. Da ihre Presse versicherte, daß dann eine größere Zahl Arbeitsloser im Gewerbe untergebracht würde, sei es nunmehr Pflicht aller gastwirtschaftlichen Angestellten, darauf hinzuwirken, daß dieses Versprechen jetzt auch gehalten wird.

Den Unternehmern seien die Forderungen der Angestellten durch die Organisation unterbreitet worden, doch habe man bis heute noch keine Antwort darauf erhalten. Es sei zu erwarten, daß es eventuell zu einem harten Kampf komme. Pflicht der Angestellten sei deshalb, sich auf alle Fälle zu rüsten und fest zusammenzuhalten. Die Ausführungen des Referenten wurden beifällig aufgenommen und in der folgenden Aussprache ergänzt. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, die sich für die Durchführung der 10 Punkte, gegen die politischen Morde und für die Einheitsfront der Arbeiterschaft zur Abwehr gegen die immer frecher auftretende Reaktion ausspricht.

Die Textilarbeiter in Dorotheen traten in dreizehn Fabriken, darunter den zwölf größten, in den Streik, um sich gegen die angelegte Lohnkürzung zu wehren. 3800 Arbeiter und Arbeiterinnen streikten. Es kommt wahrscheinlich zum Generalstreik. — Auch in der Glasindustrie im Bezirk Charlottenburg wird gestreikt.

Die italienischen Textilarbeiter der Baumwollindustrie in Florenz und Umgebung traten am Donnerstag in den Streik. Ebenso in der Provinz Vicenza. Die Zahl der Streikenden beträgt etwa 4000.

Verantwortlich für den Inhalt: Leiter: Walter Schill, Berlin; für Anzeigen: Dr. W. G. Berlin; Verlag: Reichsdruckerei G. m. b. H., Berlin; Druck: Reichsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.



im Warenhaus **Loewenberg & Co**

SWINEMÜNDERSTR. 86 · ECKE LORTZINGSTRASSE

Strassenbahnen: 27. 40. III. G. 5. 6. 8. 35. 36. 37. 41. 42. 99. u. Ringbahnhof Gesundbrunnen.

- | | | |
|---|--|--|
| Hemdennessel starkjädig, Meter 9 ⁵⁰ | Vilragen weiß und elfenbein Meter 9 ⁵⁰ | 1 Waschbecken, laut oder weiss 9 ⁵⁰ |
| Louisianatuch f. Bettwäsche, Meter 9 ⁵⁰ | Wachstuchdecke 9 ⁵⁰ | 1 Wasserkanne u. 1 Nachtlgeschirr 9 ⁵⁰ |
| Buntes Bettzeug Meter 9 ⁵⁰ | Gardinen-Nessel 90cm breit Mtr. 9 ⁵⁰ | 2 St. Gemüseschüsseln . . . 9 ⁵⁰ |
| Renforcé Meter 9 ⁵⁰ | 1 Kissenplatte weiß oder grau, vorgezeichnet 9 ⁵⁰ | 2 Kompottschalen Pressglas . 9 ⁵⁰ |
| Hemdentuch Ia. Qualität, Meter 9 ⁵⁰ | 6 Stück Bettdecken vorgezeichnet 9 ⁵⁰ | 10 Kompotteller Glas 9 ⁵⁰ |
| Hemdenflanell Meter 9 ⁵⁰ | 1 Wandschoner 60/100, vorgezeichnet 9 ⁵⁰ | 12 Kleiderbügel mit Stab . . . 9 ⁵⁰ |
| Blusenflanell Meter 9 ⁵⁰ | 6 St. Taschentüch. vorgez., Ridellies oder Modere 9 ⁵⁰ | 1 Satz Milchtöpfe 3 Stück } zus. 9 ⁵⁰ |
| Oberhemdenperkal . Meter 9 ⁵⁰ | 1 Decke 60/60, vorgezeichnet . . . 9 ⁵⁰ | 1 Kaffeekanne, 1 Schüssel (braun glasiert) } 9 ⁵⁰ |
| Hauskleiderstoff doppeltweil, Mtr. 9 ⁵⁰ | 1 Schal-Kragen 9 ⁵⁰ | 1 Waschbecken mit Seifnapf . . 9 ⁵⁰ |
| Kleiderbarchent dunkel gemustert Meter 9 ⁵⁰ | 1 Jabot reich garniert 9 ⁵⁰ | 2 St. Scheuertücher } zusom- 9 ⁵⁰ |
| 1 Untertaille mit guter Stickerei . . 9 ⁵⁰ | Rockstickerei ca. 30 cm breit . . 9 ⁵⁰ | 1 Seiftuch, 1 Riegel Seife } men |
| 1 Untertaille gestrickt 9 ⁵⁰ | 1 Kindergarnitur Kragen und Manschetten 9 ⁵⁰ | 1 Poliertuch 9 ⁵⁰ |
| 1 Normal-Kinder-Trikot 9 ⁵⁰ | 1 Stück seid. Band verschied. Farb. 10 Meter 9 ⁵⁰ | 1 Fensterleder 9 ⁵⁰ |
| 1 Sweater für Knaben u. Mädchen . 9 ⁵⁰ | 1 Unterrock-Volant 9 ⁵⁰ | 1 Konsole mit Maß 9 ⁵⁰ |
| 1 Paar Herren-Hosenträger Gummi mit Lederleiten 9 ⁵⁰ | 1 Rolle Nähgarn 1000 Mtr. } zusam- 9 ⁵⁰ | 1 Küchenschemel 9 ⁵⁰ |
| 2 Pikeekragen mit Verbinder 9 ⁵⁰ | 10 Meter Languette 9 ⁵⁰ | 3 Esslöffel, 3 Teelöffel, 3 Gabeln 9 ⁵⁰ |
| 1 Strickbinder lang gestreift 9 ⁵⁰ | 1 Paar Filzpantoffeln 9 ⁵⁰ | 1 Küchenlampe, komplett 9 ⁵⁰ |
| 1 Selbstbinder breit, mit römischen Streifen 9 ⁵⁰ | Kinderkleidchen 45-60 cm lang . . 9 ⁵⁰ | 1 Waschbrett, 1 Waschbürste 9 ⁵⁰ |
| 1 Kragenschoner Kunstseide 9 ⁵⁰ | 50 gr Strickbaumwolle } zusam- 9 ⁵⁰ | Desserlbesteck Prime Soling Stahl 9 ⁵⁰ |
| 3 Stk. bunte Herrentücher 9 ⁵⁰ | 50 gr reine Wolle 9 ⁵⁰ | 1 Ausklopfer, 1 Staubwedel } 9 ⁵⁰ |
| 3 „ Herrentücher weiss Batist mit dunkler Kante 9 ⁵⁰ | 100 Bogen Billetpapier } zusam- 9 ⁵⁰ | 1 Klopfspeische mit Lederriemen } 9 ⁵⁰ |
| 3 Stickereitücher mit gest. Ecken . . 9 ⁵⁰ | 100 Umschl. 1 Fl. Tinte } men | 1 Kinderstuhl 9 ⁵⁰ |
| 5 Taschentücher weiss mit Zierstaum 9 ⁵⁰ | 6 Schreibhefte, 1 Aufg.-Heft, 1 Schuletui mit Füllung } zus. 9 ⁵⁰ | 1 Kaffeekanne gross m. 6 Tassen 9 ⁵⁰ |
| 4 Linontücher 9 ⁵⁰ | 1 Postkarten - Album, } zus. 9 ⁵⁰ | 2 Einkochgläser 2 Liter Inhalt } 9 ⁵⁰ |
| 2 Damentücher Batist mit Holloaum und Spitze 9 ⁵⁰ | 50 Kart., 50 Kartenbrief. } zus. 9 ⁵⁰ | 1 Wandspruch gross 9 ⁵⁰ |
| Scheibenschleier Paar 9 ⁵⁰ | 1 Butterdose, 1 Geleedose, Pressglas 9 ⁵⁰ | 6 Kaffeebecher gross 9 ⁵⁰ |
| | | 2 Fleischplatten mit Dekor. . . . 9 ⁵⁰ |

- | |
|---|
| 1 Sweater für Knaben } zus. . . . 9 ⁵⁰ |
| 1 Paar Gamaschen } |
| 1 Mütze, 1 Schal |
| 2 Mtr. dunkl. Schleierstoff. 9 ⁵⁰ |
| 2 Mtr. Rohnessel für Gardinen u. Vorhänge 9 ⁵⁰ |
| Herbst-Kleiderstoffe blau-grün kar., Mtr. vorgez. 9 ⁵⁰ |
| 1 Leitungsschoner vorgez. Handarb. } zus. 9 ⁵⁰ |
| 1 Topflappentasche |
| 1 Küchenshandtuch 65/110 cm, vorgez. 9 ⁵⁰ |
| Anzugstoff für Knaben, gute Strapa- 9 ⁵⁰ |
| 1 Paar Damenstrümpfe } zus. 9 ⁵⁰ |
| 1 Paar Herrensock. in schwarz |
| 2 Paar Herrensocken in guter Qual. 9 ⁵⁰ |
| Damenweste mit Ärmeln 9 ⁵⁰ |
| Unterrock grau Trikot 9 ⁵⁰ |
| 1 Paar Reformhosen blau, für Kinder 9 ⁵⁰ |
| 1 Trikothemd für Herren 9 ⁵⁰ |
| 1 Sportmütze für Herren in guter Qualität 9 ⁵⁰ |
| 6 Stk. Bildertaschentüch. für Kind. 9 ⁵⁰ |
| 10 Speiseteller flach oder tief 9 ⁵⁰ |
| 1 Handtuchhalter, groß 9 ⁵⁰ |
| Besen mit Stiel 9 ⁵⁰ |

Auf vielseitiges Verlangen haben wir uns entschlossen,

Inletts und Bezüge

aufzunehmen und laden Sie zur Besichtigung unserer enorm billigen Preise, aber nur erstklassige Qualitäten, höfl. ein.

Inlett 80 cm br. Mtr. 21,00	Louisianatuch 80 cm br. . . . Mtr. 14,75
130 cm br. Mtr. 35,00	130 cm br. Mtr. 23,50
Inlett 80 cm br. Mtr. 26,50	Züchen 80 cm br. Mtr. 13,75
130 cm br. Mtr. 37,50	130 cm br. Mtr. 25,00
Drell Mtr. 47 ⁵⁰	Lakenleinen ca. 150 cm br. Mtr. 39 ⁵⁰

Gleichzeitig machen wir Sie auf unser großes Lager in **Künstler-Garnituren, Bettdecken, Teppichen und Läufertoffen** aufmerksam.

Adams Gardinen- und Teppich-Haus

Frankfurter Allee 56, zwischen Kreuzigerstraße u. Mainzer Straße

Möbel

kaufen Sie nirgends so **billig und gut** wie bei **Neugebauer**

Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 128, I, E. Schillerstr. Kein Laden

Metall-Bettstellen

Kinderwagen, Bettfedern, Korbmöbel

Fürst, Neukölln
Hermannstraße 35
Ecke Mahlower Str.
Fabrik f. Ruhebetten, Anliegematratzen u. Feldbettstellen.

Korsette

aus la Stoffen und in allen Preislagen empfiehlt **Korsett-Fabrik Richard Necke**

1. Geschäft: Berlin-Karlshorst, Treackow-Allee 83
2. Geschäft: B.-Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 38
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 23
Ecke Alte Jakobstraße 124/25

Wo laß ich meinen Anzug machen? Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung?

Max Motel, Schneidermeister
Neukölln, Ringbahnstraße 88 = Tel. 906
Lieferant für Maß- u. Staatsbeamten. Viele Anerkennungen und Dankbriefe.

Neuköllner Möbel Vertrieb
Ludwig Rogasner
Köpenicker Straße 20 Ecke Ankergraben
Fernruf: NEUKÖLLN 1000

Spec. Schlafzimmer
Küchen
Bestellen Sie meine Qualitäten u. Preise

Billig und gut

kaufen Sie Ihre Herrengarderobe bei **Löffler** Rosenthaler Straße 66
Nähe Rosenthaler Platz
Anzüge v. M. 325, Paletots v. M. 350 an
Anfertigung in eigener Werkstatt

KORB-MÖBEL

für Gärten, Balkone, Wohnzimmer in moderner u. dauerhafter Ausführung. Korbmöbel von M. 48 an. Große Auswahl. Besichtigung erbeten.

Heinrich Kaese
Korb- und Rohrmöbelfabrik
Neukölln, Berliner Str. 89, Quergeb. part. (Kein Laden.)

Wohnungs-Austausch

A. SCHÄFER
Spedition (gegr. 1851) Lagerhaus
Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmsaue 36
Langjährige bewährte Vertretungen in ganz Deutschland.

Gurkofix

feinster Gurkensalat
Überall erhältlich!
Carl Timmer, Essig-, Mostich- und Konservfabrik
Berlin, Büschingstr. 6

Korbmöbel

kaufen Sie am billigsten direkt beim Hersteller **A. Sedau**
Werkstätten für feine Korbmöbel
Ringsiedler-Neukölln 1729
Ausstellung und Verkauf nur
Neukölln, Ankergrabenstr. 20.

Gardinen!

Sonderangebote und Gelegenheitskäufe in Resten
Stores, Bettdecken, Madras- und Künstler-Gardinen
Spezial-Gardinenwerkst.
Neukölln, Bergstr. 67
am Ringbahnhof

Arbeitskleidung Hosen

von 45.- bis 225.- M
Hemden, Unterhosen, Socken
Berufskleidung
Gute Ware! Billigste Preise!
Gerh. Kohnen
Neukölln, Hermannstr. 76/77

Alte Süte

Impressen und Werbematerialien von Damen- und Herrenbüchern, Hoch- u. billige Ausführung.
Herm. Fuchs
Berlin O 112,
Frankfurter Allee 297.

Bettwäsche

Deckbett 62/75, Kissen 36.-,
Damenhemd 24.-, Handtücher, Männerhemden, Schürzen billig. Inserat aussehnd, vergüte 6 Proz.
Eckebrecht Hasenheide 93

Landsberger Straße 88

Schuhhaus Falkenburg

Turmstr. 55 und Landsberger Str. 88

Trotzdem die Preise sehr anziehen, verkaufe ich noch zu **stunend billigen Preisen**

Herren-Stiefel nur 95	110, 125
Damen-Stiefel nur 89	149, 169
Damen-Halbschuhe nur 79	115, 139
Kinder-Stiefel, extra billig	169
Pantoffel-Hausschuhe - Turnschuhe	95, 110
sehr große Auswahl	139, 149

Selten günstige **Einsegnung!**
Gelegenheit zur

Schuhhaus Falkenburg

Landsberger Str. 88 an der Kleinen Frankfurter Str.
Turmstraße 55